

Diese Pressemitteilung wurde von der Ostthüringer Zeitung, Lokalredaktion Pöbneck, nur teilweise veröffentlicht!!! Der gelb markierte Teil wurde verschwiegen bzw. aus dem Zusammenhang heraus wieder gegeben!

Pressemitteilung

Pöbneck, den 13.02.17

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung der folgenden Pressemitteilung.

Die BIRSO fühlt sich von der GWG schlecht bzw. falsch informiert. Zur letzten Stadtratssitzung in Pöbneck wurden den Stadträten Mieterhöhungen in Pöbneck Ost von 4,47 € auf 4,71 € angekündigt. Betroffene Mieter der Rosa-Luxemburg Straße haben uns angerufen und ihre Empörung über die falschen Angaben (siehe OTZ 08.02.17) zum Ausdruck gebracht. Die Kaltmiete wurde dort in Wirklichkeit von 4,35 € auf 5,22 € erhöht. Das sind 20 Prozent. Auch in der Bertolt-Brecht-Straße sollen die Mieten von 4,89 € auf 5,50 € angehoben worden sein. Die geschilderte Zufriedenheit der GWG Mieter im Stadtrat täuscht. Was sollen denn Mieter machen? Sollen sie kündigen? Die Kaltmietenerhöhung in Pöbneck Ost liegt zwar im Rahmen der rechtliche Zulässigkeit (die gesetzlich vorgeschriebene Kappungsgrenze liegt bei 20 %). Sie ist aber bei Geringverdienern oder Rentnern nicht verhältnismäßig und sozial ungerecht.

Zu verantworten hätte es auch der Aufsichtsrat der GWG und der Bürgermeister als Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzender. Wieder einmal wurde der Stadtrat vor vollendete Tatsachen gestellt, ohne zuvor die Möglichkeit einer Einflussnahme zu bekommen. Da hilft auch nicht die Ausrede, dass der Aufsichtsrat dafür zuständig ist. Gesellschafter ist letztendlich die Stadt Pöbneck und somit der gesamte Stadtrat. Es hat auch noch andere negative Auswirkungen. Mieter, die sozial schlecht gestellt sind, bekommen vom Staat meistens die Mieterhöhungen erstattet. Dadurch steigen die Kosten auch im Kreishaushalt, wodurch die Kreisumlage ansteigt. Eine steigende Kreisumlage wiederum führt meist zu höheren Grund- und Gewerbesteuern, die dann von den Grundstückseigentümern und Gewerbetreibenden zu finanzieren sind. Die BIRSO macht sich auch Sorgen über die finanzielle Lage der GWG. Wir haben im Stadtrat einen detaillierten Bericht über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens vermisst. Erstmals seit sehr vielen Jahren ist im Wirtschaftsplan 2017 ein Fehlbetrag von 28 T€ ausgewiesen. Wer mit einem Fehlbetrag plant, muss seine Hausaufgaben machen und Ausgaben und Einnahmen auf den Prüfstand stellen. Der Anspruch von Bürgermeister und vielen Stadträten an die GWG muss im Einklang mit der wirtschaftlichen Lage stehen, ansonsten drohen nicht nur Mieterhöhungen.

Wolfgang Kleindienst
Vorsitzender BIRSO

Hier ist der am 18.02.17 veröffentlichte Artikel der OTZ Pöbneck in gekürzter Fassung. Machen sie sich ein Bild darüber. Bei einer publizistischen Sorgfaltspflicht nach dem Pressegesetz dürfen die Nachrichten nicht sinnentstellend wiedergegeben werden.

Für Pöbneck-Ost ist ein „Bürgergespräch“ in Vorbereitung (Quelle www.otz.de)

Bürgermeister Michael Modde und Wohnungsgesellschafts-Chef Ingo Kruwinnus wollen mit Fakten gegen „Halb- und Unwahrheiten“ vorgehen

17. Februar 2017 / 02:29 Uhr

Die Julius-Fucik-Straße ist eine der drei Wohnblockstraßen in Pöbneck-Ost.

Bürgermeister Michael Modde (Freie Wähler) und Wohnungsgesellschafts-Geschäftsführer Ingo Kruwinnus wollen im März ein "Bürgergespräch" in Pöbneck-Ost anbieten. Das teilte das Stadtoberhaupt auf Anfrage mit. Hintergrund sind die teils heftige Reaktionen auf Kruwinnus-Äußerungen im Pöbnecker Stadtrat, wonach das soziale Umfeld im Stadtteil nicht schlechter sei als früher (OTZ vom 8. Februar).

Dem Chef des kommunalen Großvermieters in dem Wohnblockviertel wurde vor allem in der Facebookgruppe "Ich bin aus Pöbneck und stolz darauf!!!" widersprochen. In der – nicht für jeden Nutzer vollständig einsehbaren – Diskussion, aber auch darüber hinaus werden über Pöbneck-Ost "neben einzelnen richtigen Feststellungen auch Halb- und Unwahrheiten verbreitet", so Modde. Gemeinsam mit Kruwinnus wolle er falschen Eindrücken Fakten entgegensetzen. "Pöbneck-Ost war und ist ein wichtiger Teil unserer Stadt", so der Bürgermeister.

Die Debatte befeuert Birso-Chef Wolfgang Kleindienst mit Pressemitteilungen. Demnach fühlt sich die Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla "schlecht beziehungsweise falsch informiert" von der Grundstücks- und Wohnungsgesellschaft (GWG). Diesen Vorwurf weisen sowohl der Bürgermeister als auch Kruwinnus aus seinem Urlaub kategorisch zurück. "Herr Kleindienst sollte vielleicht besser zuhören", sagte Modde. Auch der Birso-Chef bekomme bei der GWG einen Termin für ein klärendes Gespräch, wenn er denn einen möchte.

In einer Pressemitteilung hielt Kleindienst der GWG an einem Beispiel aus der Rosa-Luxemburg-Straße vor, die Kaltmieten in Pöbneck-Ost unzulässig über die gesetzlich vorgeschriebene Kappungsgrenze von 20 Prozent erhöht zu haben. Diese Behauptung zog er ein paar Tage später zurück, weil sich das Beispiel als falsch herausstellte. Kruwinnus konnte sich eine Überschreitung der Kappungsgrenze nicht wirklich vorstellen, will konkrete Hinweise aber überprüfen lassen, wenn welche vorgebracht werden. "Kleindienst bringt in Pöbneck-Ost Unruhe hinein, ohne einen einzigen Lösungsansatz etwaiger Probleme zu nennen", reagierte Modde auch in seiner Eigenschaft als GWG-Aufsichtsrat.

Kleindienst macht die Wohnungsgesellschaft schließlich für mögliche Kreisumlagen- und Steuererhöhungen verantwortlich. In seinen Pressemitteilungen schreibt er: "Mieter, die sozial schlecht gestellt sind, bekommen vom Staat meistens die Mieterhöhungen erstattet. Dadurch steigen die Kosten auch im Kreishaushalt, wodurch die Kreisumlage ansteigt. Eine steigende Kreisumlage wiederum führt meist zu höheren Grund- und Gewerbesteuern, die dann von den Grundstückseigentümern und Gewerbetreibenden zu finanzieren sind." Für Kruwinnus ist diese Argumentation so "absurd", dass er sie nicht weiter kommentieren wollte, und Modde nannte sie "falsch".

Entgleisungen braucht keiner: Marius Koity über den neuen Versuch, in Pößneck-Ost einen öffentlichen Gedankenaustausch zu führen (Quelle www.otz.de)

17. Februar 2017 / 02:24 Uhr

Seit dem letzten Bürgergespräch in und für Pößneck-Ost sind Jahre vergangen. Eine solche Veranstaltung wurde zuletzt im Juni 2011 im Café Ambiente eröffnet, um gleich wieder geschlossen zu werden, weil kein Mensch an einem öffentlichen Gedankenaustausch mit dem Bürgermeister interessiert war. Danach sparte sich die Verwaltung solche Angebote. Jetzt wird neuer Anlauf genommen und man darf gespannt sein auf das Niveau der Diskussionsbeiträge.

Auf alle Fälle braucht keiner Entgleisungen wie "Nimm doch einen von den Bastarden mit nach Hause, füttere ihn durch und hafte für ihn" oder "War früher und ist heute noch nur ein von Faschisten durchsetztes Drecksviertel", die in der Facebookgruppe "Ich bin aus Pößneck und stolz darauf!!!" zum Thema Pößneck-Ost hinterlassen wurden. Was dieser Verbal Müll auf einer ehrenwerten Seite zu suchen hat, die das Heimatgefühl stärken will, ist unklar.

Wer das eigene Stadtviertel niederredet, muss sich nachher nicht wundern, wenn Dinge unschön werden. Mutiger ist, mit gutem Beispiel bei der Verbesserung problematischer Situationen voranzugehen.

Marius Koity / 17.02.17

Hier der Ausgangsartikel der OTZ vom 08.02.2017

Soziales Umfeld in Pößneck-Ost nicht schlechter als früher

Das sagt Ingo Kruwinnus, Chef der kommunalen Grundstücks- und Wohnungsgesellschaft als Großvermieter im Stadtteil 08. Februar 2017 / 02:36 Uhr

Die Julius-Fucik-Straße ist kein Ghetto, betont die kommunale Grundstücks- und Wohnungsgesellschaft Pößneck/Triptis mbH, deren Häuser dort stehen. Foto: Marius Koity Pößneck. Ingo Kruwinnus, Chef der kommunalen Grundstücks- und Wohnungsgesellschaft Pößneck/Triptis mbH (GWG), warnte in der jüngsten Sitzung des Pößnecker Stadtrates erneut davor, Pößneck-Ost mit einem Ghetto in Verbindung zu bringen (OTZ vom 10. Januar 2017).

Seinen Darstellungen zufolge, treffe eine solche abwertende Einschätzung nicht zu. Eine "Ghettoisierung" wurde im Pößnecker Stadtrat von Steve Richter (Grüne) im Zusammenhang mit der Einquartierung von Flüchtlingen in dem Stadtviertel in den Raum gestellt. Diese kommunalpolitische Einschätzung wurde noch nicht zurückgenommen. Dem GWG Geschäftsführer zufolge, seien in Pößneck-Ost 46 (und im Zentrum 18) Wohnungen mit Asylsuchenden belegt. Unterm Strich sei für Flüchtlinge nur ein geringer Anteil des Gesamtwohnungsbestandes zur Verfügung gestellt. Wegen dieser Zuwanderergruppe gebe es auch keine Mieterverluste. Im vergangenen Jahr habe die GWG in Pößneck-Ost insgesamt 33 Einzüge und 31 Auszüge – davon in vier Fällen Flüchtlingsfamilien – gezählt.

"Sicher haben wir jetzt mehr Flüchtlinge als vorher in Pößneck-Ost, aber das soziale Umfeld hat sich dadurch nicht verschlechtert", sagte Ingo Kruwinnus. "Und sicher gibt es Probleme mit ausländischen Mietern, wir hatten auch Leute, mit welchen es gar nicht geklappt hat. Aber solche Probleme gibt es auch mit deutschen Mietern."

„ Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V. ” BIRSO

Vorsitzender Wolfgang Kleindienst; 07381 Pößneck, Kastanienallee 4a; Tel. 03647 423223;

Mobil 0160 96461516; E-Mail: kleindienst@birso.de; Internet: www.birso.de

In seinem Referat, das sich vor allem Constanze Truschzinski von der Sozialen Initiative Pößneck gewünscht hatte, verteidigte der GWG-Chef auch die Mieterhöhungen aus dem vergangenen Jahr (OTZ vom 15. November 2016). Die durchschnittliche Nettokaltmiete pro Quadratmeter sei durch die Verteuerungsrunde von zuvor 4,47 Euro auf nun 4,71 Euro gestiegen, was immer noch unter den thüringer- und bundesweiten Mittelwerten von 5,63 Euro beziehungsweise 6,26 Euro liege. Wegen der höheren Kosten sei in Pößneck, soweit bekannt, lediglich ein Mieter ausgezogen. Andererseits habe man im vergangenen Jahr den Wohnungsleerstand deutlich reduziert. "Um soziale Mieten stabil zu halten, müssen wir diese an vielen Stellen erst einmal erreichen", so Ingo Kruwinnus. Enrico Kleebusch (SPD) gefiel, was er hörte. "Wunderbar! Bitte weiter so!", bescheinigte er dem GWG-Geschäftsführer. Marius Koity / 08.02.17